

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

September 2004

ÜBERSICHT

- **Innenpolitik: Tschechien nach der Regierungsneubildung**
- **Vertriebene: Svoboda fordert humanitäre Geste**
- **Landtagswahlen in Sachsen: Tschechische Zeitungen analysieren nüchtern den Erfolg der NPD**

Unsichere Parlamentsmehrheit – „Großer Schritt voran“ für Tschechien?

Als einen „großen Schritt voran“ für Tschechien bezeichnete der neue sozialdemokratische Regierungschef Stanislav Gross das Ergebnis des Vertrauensvotums der Abgeordneten des Tschechischen Parlaments am 24. August 2004. Mit äußerst knapper - bis zuletzt wackeliger – Mehrheit sprachen die Abgeordneten des Parlaments Gross und seiner in der Öffentlichkeit umstrittenen Regierungsmannschaft das Vertrauen aus. Gross ist es trotz emotional geführten Diskurses um die Regierungsbildung gelungen, die 101 Stimmen der Koalitionsparteien – Sozialdemokraten (ČSSD), Christdemokraten (KDU-ČSL) und Liberale (US-DEU) – hinter sich zu vereinen. Die 99 Abgeordneten der Oppositionsparteien – Bürgerliche Demokraten (ODS) und Kommunisten (KSČM) – votierten gegen den sozialdemokratischen Regierungschef.

Nominierung Přibyls als Chef des Regierungsamtes – Ein „Schlag ins Gesicht“

Die Ereignisse während der totalitären kommunistischen Herrschaft vor 1989 beschäftigt noch immer die tschechische Bevölkerung. Dies stellten die Reaktionen, nach dem bekannt wurde, dass der von Gross als Chef des Regierungsamtes nominierte Pavel Přibyls im November 1989 eine Prager Polizeieinheit anführte, die gewaltsam gegen anti-kommunistische Demonstranten vorgegangen war, deutlich unter Beweis.

Die Entscheidung Gross' rief Proteste hervor. Besonders reagierten Teile ehemaliger Bürgerrechtsbewegungen, die 1989 der „Samtenen Revolution“ in der damaligen Tschechoslowakei entscheidende Impulse gaben. Der Bürgerrechtler und Präsident der Tschechischen Republik a. D. Václav Havel nannte die Nominierung „einen Schlag ins Gesicht“ der damaligen Demonstranten. Havel forderte Gross auf, seinen Entschluss zu überdenken. Die bürgerlich-demokratische Opposition im tschechischen Parlament kritisierte, Gross würde mit der Nominierung Přebyls und weiterer umstrittener Personen für Regierungsämter die Rehabilitation von Akteuren des kommunistischen Regimes betreiben.

Demonstrationen vor dem Regierungsamt erhöhten den Druck. Als dann amtliche Dokumente vorgelegt wurden, die Přebyls Verwicklung in den Vorfall belegten, erklärte dieser vier Tage vor dem Votum des Abgeordnetenhauses er stünde für das Amt nicht zur Verfügung.

Regierungschef Gross ernannte am 1. September 2004 Zdeněk Doležal zum neuen Chef des Regierungsamtes. Doch Doležal ist nicht weniger umstritten. Er steht unter dem Verdacht finanzielle Mittel seines vorherigen Arbeitgebers unterschlagen zu haben. Die tschechische Wirtschaftszeitung Hospodářské Noviny spekuliert, Gross wisse entweder nicht, was er tue oder stehe in der Schuld gerade jener (fragwürdiger) Personen.

Bestechungsvorwürfe durch den liberalen Parlamentsabgeordneten Kořistka

Zusätzliche Dynamik erfuhr der Regierungsbildungsprozess durch die Bestechungsvorwürfe des liberalen Koalitionsabgeordneten Zdeněk Kořistka. Die oppositionelle bürgerlich-demokratische Partei (ODS) – in Person deren Vorsitzender Mirek Topolánek – hätte ihm über Mittelsmänner 10 Millionen Tschechische Kronen (ca. 325.000 Euro) angeboten, damit er bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus nicht für Gross' neue Regierung votierte und somit die notwendige Mehrheit verhinderte, so Kořistka.

Marek Dalík (ODS) behauptete am 27. August 2004 gegenüber der Tageszeitung Mladá Fronta Dnes die Bestechungsvorwürfe seien Teil einer Verschwörung, mit der der Parteivorsitzende Topolánek in Misskredit gebracht und geschwächt werden sollte. Topolánek bot mit seiner öffentlichen Ankündigung, Koalitionsabgeordnete zu einem Votum gegen die Regierung Gross bewegen zu wollen, eine entsprechende Angriffsfläche.

Kořistka kündigte an, er werde sich einem Lügendetektortest unterziehen, um die Bestechungsvorwürfe zu belegen. Er wolle damit ferner die von ihm der Bestechung beschuldigten Mittelsmänner Topoláneks zu entsprechenden Tests motivieren.

Höhepunkt der Prager Seifenoper war die Äußerung des parteilosen tschechischen Innenministers František Bublan. Er forderte sämtliche Beteiligte auf sich eines Lügendetektortests zu unterziehen. Der ODS-Abgeordnete und stellvertretende Parlamentspräsident Ivan Langer bezeichnete gegenüber der Tageszeitung Mladá Fronta Dnes die Stellungnahme des Innenministers (zu Recht) als eine schädliche Einflussnahme auf das Ermittlungsverfahren.

Topolánek sieht durch die Bestechungsvorwürfe seinen Ruf bedroht. Das Rücktrittsangebot Marek Dalíks, der als Mittelsmann fungiert haben soll, werde er nicht annehmen. Würde Dalík ausscheiden, könnte dies Topoláneks Wiederwahl zum

Parteivorsitzenden im November dieses Jahres gefährden, da dadurch seine partei-interne Machtposition geschwächt werden würde.

Durch die aktuellen Bestechungsvorwürfe wurde die in der Tschechischen Republik bisher kaum geführte Diskussion um einen Ethikkodex für Parlamentarier belebt, der Verhaltensrichtlinien und Offenlegungspflichten regeln könnte. Die Tageszeitung Lidové Noviny wertet dies als einen möglichen positiven Effekt des Bestechungsskandals.

Entscheidet Regionalwahl über Parteiführung bei ČSSD und ODS?

Nach Einschätzung beider großer Parteien im tschechischen Parlament, der regierenden ČSSD und der oppositionellen ODS, dürften die Ergebnisse der Regionalwahlen im Herbst dieses Jahres darüber entscheiden, ob die Parteivorsitzenden Gross und Topolánek weiterhin diese Position werden einnehmen können.

Zwar sei zu erwarten, dass die ODS bei den Regionalwahlen deutlich bessere Ergebnisse als die ČSSD erzielen wird. Bei den letzten Regionalwahlen im Jahr 2000 habe die ODS jedoch bereits derart gut abgeschnitten, dass trotz eines deutlichen Vorsprungs vor der ČSSD nicht mit einem Stimmenzugewinn gerechnet werden könne, sagte der ODS-Parteivize Petr Nečas.

Innerhalb der bürgerlich-demokratischen Partei (ODS) scheint die Wiederwahl von Mirek Topolánek zum Parteivorsitzenden im November 2004 derzeit nicht strittig. Topoláneks parteiinterner Rivale Pavel Bém sagte Presseberichten zufolge, er unterstütze die erneute Kandidatur Topoláneks. Er selbst strebe die Funktion des ersten Vizeparteivorsitzenden an.

Noch zeigen muss sich, welchen Einfluss die Bestechungsvorwürfe haben werden. Es gäbe zwar zurzeit keine Beweise, dass tatsächlich ein Bestechungsversuch unternommen wurde. Dennoch sollten einerseits die Wirkung auf die tschechische Bevölkerung und andererseits der Einfluss auf eine eventuelle Verschiebung der Machtkonstellation innerhalb der Parteispitze der ODS bei der politischen Bewertung nicht vernachlässigt werden.

Referendum zur Europäischen Verfassung

Regierungschef Gross schlug vor, die Parlamentswahlen in Tschechien 2006 mit dem Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag terminlich zu verbinden. Doch schon innerhalb seiner Regierungskoalition stößt der Vorschlag auf Widerstände. Die Christdemokraten (KDU-ČSL) stehen dem Vorschlag skeptisch gegenüber, da der zur Ratifizierung vorgelegte Verfassungsvertrag den Bezug zur christlich-jüdischen Wertebasis Europas vermissen lässt.

Die oppositionellen bürgerlichen Demokraten (ODS) kritisieren Gross' Vorschlag. Nach Ansicht der Tageszeitung Lidové Noviny liegt diese Kritik in der skeptischen Haltung der ODS zur Europäischen Verfassung, die im Gegensatz zur pro-europäischen Stimmung ihrer Wähler stehe, begründet. Dies könnte die Ergebnisse der ODS bei den Parlamentswahlen negativ beeinflussen.

Zur Kombination von Parlamentswahl und Referendum zur Europäischen Verfassung äußerte sich auch der Tschechische Präsident Václav Klaus. Er hielt Gross' Vorschlag nicht für sinnvoll. Ferner betonte Klaus, er werde an der Paraphierungszereimonie in Rom nicht teilnehmen. Der vorgelegte Entwurf wäre nicht ausgereift.

Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen (BdV) für Bohumil Doležal

Anlässlich des zentralen Festakts zur Eröffnung des „Tages der Heimat 2004“ wurde dem tschechischen Politologen Bohumil Doležal am 4. September 2004 in Berlin die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen (BdV) verliehen. Weder Presse noch Politiker reagierten auf die Preisverleihung, obwohl Forderungen und Positionen des BdV regelmäßig kritische Stimmen in Tschechien hervorrufen. Einzig die tschechische Tageszeitung Mladá Fronta Dnes veröffentlichte die Rede in ihrer Ausgabe vom 11. September – jedoch unkommentiert.

Reaktionen deutschen Auslandskorrespondenten auf die Verleihung und die gänzliche Nichtbeachtung des Vorgangs durch die tschechische Presse: „Ist der Ruf erst ruiniert, so lebt es sich ganz ungeniert.“

Cyril Svoboda „humanitäre Geste“

In einem Interview für die Deutsche Presseagentur (DPA) befürwortete der tschechische Außenminister Cyril Svoboda eine „humanitäre Geste gegenüber den in Tschechien verbliebenen Deutschen, die aktiv gegen Faschismus und Nationalismus wirkten“. Zwar knüpfte Svoboda an einen nicht umgesetzten Plan des ehemaligen Vizepremierministers Petr Mareš an, stieß im Unterschied zu Mareš aber laut Berichten der linken Tageszeitung Právo nicht bei allen Parlamentsabgeordneten sofort auf Ablehnung. Insgesamt wertet Právo den Vorstoß Svobodas positiv. Dass Tschechien sich bisher nicht diesem Thema gewidmet habe, sei auf die „Sprüche Miloš Zemans“ und die „Aussiedler mit ihren Ansprüchen“ zurückzuführen.

Die Tageszeitung Lidové Noviny berichtet, der stellvertretende Parteivorsitzende der ČSSD Petr Ibl halte „weitere Gesten für überflüssig“ (also auch die Svobodas), da man bereits „bestimmte Schritte unternommen hätte“. Ablehnend gegenüber dem Vorschlag Svobodas äußerten sich auch die Oppositionsabgeordneten Petr Nečas (ODS) und Vojtěch Filip (KSČM).

Reparationsforderungen des polnischen Parlaments (Sejm)

Mit der Entschließung des polnischen Parlaments (Sejm), die polnische Regierung solle geeignete Maßnahmen für eine angemessene finanzielle Entschädigung und Kriegsreparationen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ergreifen, befassen sich alle tschechischen Tageszeitungen in ihren Samstagsausgaben vom 11. September.

Der Kommentator der ČSSD-nahen linken Tageszeitung Právo Jan Kovařík bezeichnet die Reaktion des polnischen Parlaments als eine „verständliche Reaktion“, die Konsequenz der „Intrigen der Aussiedler“ sei. Auch die kommunistische Tageszeitung Halo Noviny sieht in den Forderungen des polnischen Parlaments die logische Folge, die durch die „frechen Ansprüche der Aussiedler“ provoziert wurden.

Die liberal-konservative Zeitung Lidové Noviny übernimmt einen Artikel aus dem englischen „Daily Telegraph“ und schließt sich damit der Auffassung an, der Zustand der Beziehung zwischen Polen und Deutschland sei derzeit „so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr“. Die tschechischen Beneš-Dekrete seien „eine Provokation gegen Deutschland“.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg

Über den Erfolg rechtsextremer und postkommunistischer Parteien bei den sächsischen und brandenburgischen Landtagswahlen berichten alle tschechischen Zeitungen. Die Presse geht dabei weder mit Kommentaren der Wahlergebnisse noch mit Analysen der ostdeutschen Lage insgesamt sparsam um, bleibt dabei aber meist nüchtern und objektiv. Offizielle Reaktionen von tschechischen Politikern bleiben aus.

„Wüste Landschaft, großes Altersheim“, so beschreibt am 20. September die Tageszeitung Lidové Noviny den Osten Deutschlands. Laut der liberal-konservativen Zeitung suchen die Wähler „Trost in den nationalsozialistischen Opiaten“. Am darauffolgenden Tag bemerkt Lidové Noviny besorgt, der nationalistischen NPD drohte einst das Verbot – nun feiere sie stattdessen ihren Wahlsieg in Sachsen. „Den vollkommenen Triumph“ erreichte sie mit mehr als 23% an der Grenze zu Tschechien in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna, so die Zeitung.

Die auflagenstärkste tschechische Zeitung Mladá Fronta Dnes prophezeit am 20.09. einen heißen Herbst für Deutschland: „Die Wut auf die Reformen der Bundesregierung veränderte die Färbung der politischen Landkarte in Ostdeutschland. Doch die braunen Töne schaden dem Image der Region und werden Investoren verschrecken. Der deutsche Wähler wollte bestrafen. Mit der verzweifelter Wahl der Rechtsextremen bestrafen sie sich jedoch selbst.“ In ihrer Ausgabe vom 21. September analysiert Mladá Fronta Dnes die Gründe für die Wahlerfolge der NPD: Die Regierungsparteien seien „nicht fähig oder vielmehr nicht Willens“ gewesen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen. Zugleich zeigt sich die Zeitung überzeugt, die „Ossis“ wünschten trotz aller „Ostalgie“ weder die alten noch die ganz alten Zeiten zurück.“

Prag, den 23. September 2004

Dr. Gehrold
Außenstellenleiter

Daniel Wolf

Pavĺína Richterová
wissenschaftliche Mitarbeiterin